
Gustav Stresemann, Rede zum deutschen Beitritt zum Völkerbund, 10. September 1926

Zusammenfassung

Die Verträge von Locarno vom Oktober 1925 hatten Deutschland verpflichtet, dem Völkerbund beizutreten. Formal markierte der Beitritt am 10. September 1926 das Inkrafttreten dieser Verträge. Gustav Stresemann faßte in einer programmatischen Rede seine Grundsätze für den Weg der Verständigung mit den ehemaligen Kriegsgegnern zusammen: Die nationale Souveränität dürfe nicht zum Gegeneinander der Staaten führen, sondern müsse durch gegenseitige Achtung und friedliche Zusammenarbeit dem wirtschaftlichen wie politischen Wohl aller dienen. Die Kriegsgegnerschaft müsse überwunden werden; dadurch würden sowohl die Verständigung über die Ausführung der Verträge von 1919 als auch die gemeinsame Arbeit an den Aufgaben des Völkerbunds, vor allem im Hinblick auf die internationale Rechtsordnung und die Abrüstung, leichter fallen.

Einleitung

Die Vorgeschichte des deutschen Beitritts zum Völkerbund reicht bis zum Kriegsende 1918 zurück: Der 14. Punkt von Woodrow Wilsons Programm für den künftigen Friedensschluß forderte die Gründung eines Völkerbunds "zu dem Zweck, großen und kleinen Staaten in gleicher Weise gegenseitige Garantien für die politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu gewähren". Bei Kriegsende hegte man in Deutschland die Hoffnung, daß ein solcher Völkerbund den Kriegsverlierer vor der Rache der Sieger schützen werde. Tatsächlich aber schloß der Versailler Vertrag, der in seinen einleitenden 26 Artikeln die Völkerbundssatzung enthielt, Deutschland und die anderen Verlierer des Weltkriegs vom zu gründenden Bund vorläufig aus. Da außerdem nicht nur Rußland, sondern – wegen der Nichtratifizierung der Pariser Vorortverträge durch den Kongreß in Washington – auch die USA schließlich keine Mitglieder des 1920 zusammentretenden Völkerbunds wurden, erlebte man in Deutschland diesen Genfer Bund (mit seinen Organen Rat, Versammlung und Generalsekretariat) mehr und mehr als Instrument der Siegermächte und insbesondere Frankreichs. Diese Haltung verstärkte sich noch, als der Völkerbund mit seinen anfangs 42 Mitgliedstaaten wiederholt Positionen der Siegermächte in Fragen der Ausführung des Versailler Vertrags bestätigte, etwa 1921 im deutsch-polnischen Konflikt um Oberschlesien. 1923 schließlich wartete man in Berlin vergeblich auf ein Einschreiten des Völkerbunds gegen die französisch-belgische Ruhrbesetzung. Der Völkerbund war damit in deutschen Augen als Instrument Frankreichs gründlich diskreditiert.

Erst zwei Entwicklungen des Jahres 1924 führten zu einer Neuorientierung: In Großbritannien setzte die neue Labour-Regierung in ungleich höherem Maß als ihre Vorgänger auf die Stärkung des Völkerbunds, um ihn als universales Instrument des Ausgleichs nutzen zu können; sie ließ erkennen, daß sie einen Beitritt Deutschlands wünsche. In Deutschland gewann unter Gustav Stresemann, nach seiner kurzlebigen Kanzlerschaft im Jahr 1923 bis zu seinem Tod 1929 deutscher Außenminister, die Erkenntnis an Boden, daß die Befriedigung des französischen

Sicherheitsbedürfnisses Voraussetzung für jede Revision des Versailler Vertrags sein würde.

Im Herbst 1924 nannte die Reichsregierung den Mitgliedern des Völkerbunds rats vier Bedingungen für einen deutschen Beitritt: 1. Deutschland müsse ein ständiger Ratssitz zugestanden werden; 2. Deutschland könne wegen seiner Entwaffnung nicht an einer Bundesexekution gemäß Art. 16 der Bundessatzung teilnehmen; 3. es könne auch bei einem Beitritt weiterhin die im Versailler Vertrag niedergeschriebene deutsche Kriegsschuld nicht anerkennen; 4. es erwarte, am Mandatssystem des Völkerbunds für die Kolonien beteiligt zu werden.

Die Reaktion der angeschriebenen Mächte war verhalten. Vor allem der deutsche Vorbehalt bezüglich Art. 16 wurde abgelehnt. Bei den Vorverhandlungen zu den Locarno-Verträgen und schließlich noch in Locarno selbst war dies der entscheidende Punkt: Deutschland bestand – neben der als selbstverständlich erachteten Zusicherung eines ständigen Ratssitzes – auf einer Zusage im Hinblick auf Art. 16, weil aus seiner Sicht andernfalls eine Belastung seiner seit dem Vertrag von Rapallo besonderen Beziehung zu Rußland drohte; die westlichen Verhandlungspartner verweigerten unter Hinweis auf die Pflichten eines jeden Völkerbundsmitglieds lange ein Eingehen auf die deutsche Forderung. Als jedoch in Locarno die Vertragsverhandlungen so gut wie abgeschlossen waren, einigte man sich auf eine informelle Lösung in Form einer Anlage zum Vertragswerk; sie beruhte auf einer Interpretation des Art. 16, wonach jeder Staat nur "in einem Maße" zur Mitwirkung an Sanktionen verpflichtet sei, "das mit seiner militärischen Lage verträglich ist und das seiner geographischen Lage Rechnung trägt". Faktisch bedeutete dies ein Dispens für Deutschland.

Die Verträge von Locarno sollten erst mit dem deutschen Völkerbundsbeitritt in Kraft treten. Er war für März 1926 geplant, verzögerte sich aufgrund der Ansprüche anderer Staaten – Polen, Brasilien, Spanien – auf einen ständigen Ratssitz aber um ein halbes Jahr. Am 10. September 1926 war es endlich soweit: Um 10.30 Uhr wurde im Genfer Reformationssaal der deutsche Beitritt vollzogen; Momtilo Nin, als jugoslawischer Außenminister 1926/27 Präsident der Versammlung, hieß die deutsche Delegation willkommen, begrüßte ihre Anwesenheit "als ein neues Pfand für den Erfolg friedlichen Zusammenarbeitens der Völker" und erteilte schließlich Gustav Stresemann das Wort.

Die Rede, die Stresemann nun hielt, war ganz auf die Situation und die Zuhörer zugeschnitten. Sie warf einen kurzen, eher streifenden Blick auf die lange Entwicklung hin zum Beitritt Deutschlands, formulierte Stresemanns Hoffnung auf eine bessere Zukunft und wiederholte dabei seine außenpolitische Programmatik: die Notwendigkeit einer freien Weltwirtschaft als Voraussetzung für die wirtschaftliche Erholung; die Beibehaltung nationaler Souveränität bei gleichzeitiger gegenseitiger Achtung der Völker; die Locarno-Verträge als Beispiel für den Aufbau einer künftigen internationalen Rechtsordnung. Frühere deutsche Forderungen wurden stark abgeschwächt: Während sich in Entwürfen zur Rede noch Passagen finden, die aus der eigenen, durch den Versailler Vertrag erzwungenen Abrüstung ein "Recht" Deutschlands auf die Abrüstung der anderen herleiteten, äußerte Stresemann in seiner Rede nur noch den Wunsch, daß die allgemeine Abrüstung vorankommen möge; und die Feststellung des Memorandums vom Herbst 1924, daß Deutschlands Beitritt zum Völkerbund keine Anerkennung der Kriegsschuld bedeute, ist in der betreffenden Passage der Rede, in der sich Stresemann auf die Gewinner und Verlierer des Krieges bezieht, kaum noch erkennbar. Vielmehr setzte er der Unterteilung in Sieger und Verlierer das gegenseitige Vertrauen entgegen, das in Zukunft herrschen müsse. Stresemann gab der Hoffnung Ausdruck, künftig "alle

Weltmächte" (also auch die USA und Sowjetunion) im Völkerbund vereinigt zu sehen sowie Spanien und Brasilien, die wegen der Verweigerung eines ständigen Ratssitzes ihren Austritt angekündigt hatten, im Bund zu halten. Er versicherte die feste deutsche Bereitschaft, auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Freiheit, Friede und Einigkeit an den Zielen des Völkerbundes mitzuwirken, die er – ohne den Dichter namentlich zu nennen – mit den Worten Goethes wiedergab, wonach "wir Menschen uns zu dem Geschlecht bekennen, das aus dem Dunkel ins Helle strebt": die friedliche internationale Zusammenarbeit souveräner Staaten als die helle Zukunft, die aus dem Dunkel von Krieg und Nachkriegszeit erstehen müsse.

Die Rede war für Stresemann, einen begabten Rhetor, keine seiner ganz großen Reden. Aber sie schaffte es, souverän den Bogen zu schlagen zwischen der Außenseiterposition, die Deutschland noch zwei Jahre zuvor gegenüber dem Völkerbund eingenommen hatte, und der nun als geradezu selbstverständlich erachteten Tatsache, daß Deutschland ab jetzt ein vollwertiges Mitglied sein würde – ohne Schuldzuweisungen, Selbstrechtfertigungen oder allzu ausufernde Erklärungen. Zudem spiegelte sie exakt Stresemanns Programm für die Verständigungspolitik, die in Locarno eine erste Krönung gefunden hatte: Es ging nicht um die Aufgabe staatlicher Souveränität, es ging auf deutscher Seite auch nicht um den Verzicht auf Revision des Versailler Vertrags. Aber es ging um eine friedliche, nicht gewaltsame Revision, die letztlich nur durch Zusammenarbeit und Verhandlungen – einen echten Abgleich der Interessen – zu erreichen war.

Wenn die Rede im Reformationssaal mit großem Applaus aufgenommen wurde, war dies also vermutlich weniger dem Text selbst geschuldet als vielmehr der Bedeutung des Augenblicks: Deutschland hatte nun – für alle sichtbar – die Zulassungskarte in den Kreis der gleichberechtigten Staaten der Welt erworben.

Wahre Begeisterungstürme löste dagegen die unmittelbar folgende Rede Aristide Briands aus, des französischen Außenministers, der mit großen pathetischen Worten das Ende der langen Reihe deutsch-französischer Kriege beschwor und die allgemeine Abrüstung und den allgemeinen Frieden am Horizont aufziehen sah (beide Redner nahmen drei Monate später in Oslo gemeinsam den Friedensnobelpreis entgegen).

Mit dem Beitritt Deutschlands war aber nicht nur dessen Wiedereintritt in die Völkergemeinschaft praktisch und symbolisch vollzogen worden. Er leitete auch eine Phase engster Zusammenarbeit zwischen Stresemann auf der einen und Briand auf der anderen Seite ein – wozu sich immer wieder auch Austen Chamberlain, der britische Außenminister, hinzufand. Zwar erwies sich ein fast konspiratives Treffen Stresemanns und Briands im kleinen Ort Thoiry, das genau eine Woche nach dem glänzenden Tag von Genf stattfand und bei dem eine Gesamtbereinigung aller deutsch-französischen Streitpunkte erörtert wurde, schnell als Fehlschlag. Zu große Widerstände in der französischen Politik, aber auch in Großbritannien und den USA, verhinderten einen allgemeinen Ausgleich und zeigten damit auch bereits die Grenzen der beiderseitigen Verständigung auf. Dennoch bildeten die folgenden Jahre den Höhepunkt nicht nur der Tätigkeit des Völkerbunds, sondern auch der deutsch-französischen Zusammenarbeit.

Daß die Kooperation der drei Außenminister Stresemann, Briand und Chamberlain, meist im Rahmen oder am Rande von Völkerbundssitzungen, mehr an das Wirken des Europäischen Konzerts des 19. Jahrhunderts und weniger an die ursprünglichen Ideen von Woodrow Wilson erinnerten, war dazu kein Widerspruch: Der Völkerbund konnte unter den gegebenen Umständen nur funktionieren, wenn die europäischen Großmächte, die zur Aufgabe ihres Status nicht bereit waren, einigermaßen vertrauensvoll zusammenarbeiteten. Selbst wenn Stresemann in den Folgejahren die

Völkerbundtribüne gelegentlich für Angriffe auf die Minderheitenpolitik der ostmitteleuropäischen Staaten und insbesondere Polens nutzte, wurde ihm dies von seinen Partnern als im Hinblick auf innenpolitische Bedürfnisse notwendige Nutzung des internationalen Forums zugestanden.

Auch wenn greifbare Erfolge selten blieben: schon das gleichberechtigte Verhandeln, der auf friedlichen Ausgleich zielende und vertrauensbildende Umgang miteinander sollte sich bald – nach seinem Verlust – als Wert an sich erweisen. Denn mit dem Tod Stresemanns 1929 und mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929/30 änderte sich all dies recht abrupt. Der Völkerbund blieb zwar noch für kurze Zeit das internationale Forum schlechthin, aber er konnte weder Briands Initiative von 1930 für eine engere Zusammenarbeit der europäischen Staaten fruchtbar werden lassen, noch sah er sich in der Lage, dem flagranten Völkerrechtsbruch Japans mit dem Übergriff auf die Mandschurei vom Herbst 1931 wirkungsvoll entgegenzutreten. Vielmehr fielen die Staaten wieder ganz überwiegend in nationalen Egoismus zurück, nicht nur im Bereich der Wirtschaft, wo sehr bald Autarkie zum erneuten Leitbild wurde, sondern auch im außenpolitischen Kalkül. Von Seiten der nachfolgenden deutschen Regierungen wurde eine nun viel aggressivere revisionistische Politik betrieben, die sich im Wechselspiel mit den nationalsozialistischen Wahlerfolgen aufschaukelte. Zusammen mit der französischen Reaktion, gegenüber einem solchen Deutschland höchst vorsichtig zu sein, führte dies dazu, daß das große Projekt des Völkerbunds, die im Februar 1932 eröffnete Abrüstungskonferenz, sehr bald steckenblieb.

Daß die erste große außenpolitische Aktion Hitlers nach der "Machtergreifung" im Oktober 1933 der plebiszitär-propagandistisch aufbereitete Austritt aus der Abrüstungskonferenz und aus dem gesamten Völkerbund war, zeigte in ihrer Negation immerhin noch, welche Bedeutung die Idee des Völkerbunds an sich hatte: Die bilaterale "Revisionspolitik" Hitlers, die von allem Anfang an auf viel mehr als lediglich die Revision des Versailler Vertrags hinzielte, war mit der Mitgliedschaft in einem noch so schwachen Genfer Völkerbund nicht zu vereinbaren. Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 und die Wiederbesetzung des Rheinlands 1936, also die offene Aufkündigung des Versailler Vertrags und der Locarno-Verträge, schlossen diesen Prozeß ab: Durch den Versailler Vertrag war der Völkerbund entstanden; in den Locarno-Verträgen war Deutschlands Beitritt verankert worden. Nun, 1936, trat der Völkerbund in ein Schattendasein über, das in Agonie zwar noch bis 1946 dauerte; tatsächlich hatte er aber jede praktische Bedeutung verloren.

In vielerlei Hinsicht interessant ist die Textüberlieferung der Rede Stresemanns: Der amtliche, gedruckte Redetext liegt in zwei Übersetzungen ins Französische und Englische vor, die am Tag nach der Rede, am 11. September 1926, in Genf im "Journal de la Septième Assemblée de la Société des Nations" veröffentlicht wurden. Die beiden Übersetzungen unterscheiden sich in Nuancen bei der Wortwahl oder in Plural-Singular-Konstruktionen, sind aber im Wesentlichen inhaltsgleich. Die hier als Grundlage genommene deutsche Druckfassung aus Gustav Stresemann, Vermächtnis, Bd. 2, S. 591–595, stimmt mit diesen Übersetzungen in allen wesentlichen Punkten überein. (Leicht abweichende Fassungen finden sich in Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 67 (1926), S. 474-477, und Gustav Stresemann, Reden und Schriften. Politik, Geschichte, Literatur. 1897-1926. Bd. 2. Dresden 1926, S. 302–309. Im Bundesarchiv befindet sich ein Dokumentarfilm mit dem Titel "Die VII. Völkerbundsversammlung in Genf, September 1926 (Eintritt Deutschlands in den Völkerbund)" (Bundesarchiv, Abt. Filmarchiv, M 246); ein Tondokument der tatsächlich gehaltenen Rede war nicht zu ermitteln.)

Neben diesen gedruckten Fassungen befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA, R 28410 [Büro Reichsminister, Az. 18 Völkerbund, Bd. 12: Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und Antrittsrede Stresemanns], S. 71–117) insgesamt fünf maschinenschriftliche Vorlagen. Eine Disposition entwirft die Grundgedanken der Rede. Darauf folgen vier Korrekturstufen, deren zwei letzte "Reinschriften" ohne wesentliche handschriftliche Vermerke Stresemanns sind. Die zweite Korrekturfassung (S. 96–107) wird hier als Faksimile wiedergegeben. Sie ist weitgehend inhaltsgleich mit der letzten Reinschrift, dokumentiert aber in den zahlreichen Anmerkungen Stresemanns intensive Beschäftigung mit dem Text. Lediglich das Ende der Rede, mit dem sich Stresemann ersichtlich abgemüht hat, weicht von der letzten Version ab. Aber selbst die letzte Reinschrift unterscheidet sich noch in zwei Punkten von der dann tatsächlich gehaltenen Rede: Es fehlt ein Dank an die Schweiz. Und, quellenkritisch bedeutsamer: Von der ersten maschinenschriftlichen Fassung an enthält der Text eine Passage, die aus der erzwungenen eigenen Abrüstung ein deutsches Recht auf Abrüstung der anderen ableitet. Die Passage wird in den folgenden Fassungen abgeschwächt, ist aber auch in der vermutlich als Redevorlage dienenden letzten Version noch grundsätzlich enthalten. Tatsächlich hat Stresemann – möglicherweise spontan – dieses Pochen auf ein deutsches Recht auf generelle Abrüstung in seiner Rede jedoch ganz weggelassen.

Wolfgang Elz

Quellen- und Literaturhinweise

Kimmich, Chr. M., *Germany and the League of Nations*, Chicago/London 1976.

Kolb, E., *Gustav Stresemann*, München 2003.

Krüger, P., *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, 2. Aufl., Darmstadt 1993.

The League of Nations in Retrospect. Proceedings of the Symposium organized by the United Nations Library and the Graduate Institute of International Studies (Geneva, 6-9 November 1980), Berlin [u.a.] 1983 (United Nations Library, Geneva. Serial Publications, E,3).

Schmidt, P., *Statist auf diplomatischer Bühne 1923-45. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas*, 12. Aufl., Wiesbaden 1983.

Spenz, J., *Die diplomatische Vorgeschichte des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund 1924-1926. Ein Beitrag zur Aussenpolitik der Weimarer Republik*, Göttingen [u.a.] 1966.

Stresemann, G., *Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden*, hg. v. Henry Bernhard, Bd. 2: *Locarno und Genf*, Berlin 1932.

Wintzer, J., *Deutschland und der Völkerbund 1918-1926*, Paderborn [u.a.] 2006.

Wright, J., *Gustav Stresemann. Weimar's Greatest Statesman*, Oxford/New York 2002.

Der Herr Vorsitzende dieser hohen Versammlung hat ebenso wie der Herr Vorsitzende des Völkerbundsrates die Güte gehabt, mit Worten der Freude und Genugtuung den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu begrüßen. Beiden Herren den Dank Deutschlands zum Ausdruck zu bringen und diesen Dank auszudehnen auf die hohe Versammlung, ist meine erste Pflicht, wenn ich von dieser Stelle aus vor Ihnen das Wort nehme. Ich verbinde damit den Dank an die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die in traditioneller Weise die großzügige Gastfreundschaft ihres schönen Landes nun auch Deutschland als Mitglied des Völkerbundes erweist.

Seit der Begründung des Völkerbundes ist ein Zeitraum von mehr als sechs Jahren verstrichen. Es hat somit einer längeren Entwicklung bedurft, bis die politische Gesamtlage so gestaltet war, daß die deutsche Mitgliedschaft im Völkerbund möglich wurde. Noch in diesem Jahre sind große Schwierigkeiten zu überwinden gewesen, ehe dem Entschluß Deutschlands der einmütige Beschluß des Völkerbunds folgte. Fern liegt es mir, über diese Dinge der Vergangenheit zu sprechen. Die Aufgabe der lebenden Generation ist es, den Blick auf die Gegenwart und auf die Zukunft zu richten. Nur eines lassen Sie mich sagen: Wenn ein Geschehnis wie der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erst in einer so langen Entwicklung herangereift ist, so trägt vielleicht dieses Geschehnis gerade deshalb eine besondere Gewähr in sich für seine innere Beständigkeit und seine fruchtbare Auswirkung.

Deutschland tritt mit dem heutigen Tage in die Mitte von Staaten, mit denen es zum Teil seit langen Jahrzehnten in ungetrübter Freundschaft verbunden ist, die zum anderen Teil im letzten Weltkrieg gegen Deutschland verbündet waren. Es ist von geschichtlicher Bedeutung, daß Deutschland und diese letzteren Staaten sich jetzt im Völkerbund zu dauernder, friedlicher Zusammenarbeit zusammenfinden. Diese Tatsache zeigt deutlicher, als Worte und Programme es können, daß der Völkerbund berufen sein kann, dem politischen Entwicklungsgang der Menschheit eine neue Richtung zu geben. Gerade in der gegenwärtigen Epoche würde die Kultur der Menschheit auf das schwerste bedroht sein, wenn es nicht gelänge, den einzelnen Völkern die Gewähr zu verschaffen, in ungestörtem, friedlichem Wettbewerb die ihnen vom Schicksal zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Die grundstürzenden Ereignisse eines furchtbaren Krieges haben die Menschheit zur *Besinnung* über die den Völkern zugewiesenen Aufgaben gebracht. Wir sehen in vielen Staaten den Niederbruch wertvollster, für den Staat unentbehrlicher geistiger und wirtschaftlicher Schichten. Wir erleben die Bildung von neuen und das Hinsinken von alten Formen der Wirtschaft. Wir sehen, wie die Wirtschaft die alten Grenzen der Länder sprengt und neue Formen internationaler Zusammenarbeit erstrebt. Die alte Weltwirtschaft hatte für ihre Zusammenarbeit keine Satzungen und Programme, aber sie beruhte auf dem ungeschriebenen Gesetz des traditionellen Güteraustausches zwischen den Erdteilen. Ihn wiederherzustellen, ist unsere Aufgabe. Wollen wir eine ungestörte weltwirtschaftliche Entwicklung, dann wird das nicht geschehen durch Abschließung der Gebiete voneinander, sondern durch Überbrückung dessen, was bisher die Wirtschaft der Völker trennte.

Wichtiger aber als alles materielle Geschehen ist das seelische Leben der Nationen. Eine starke Gärung der Gedanken kämpft unter den Völkern der Erde. Die einen vertreten das Prinzip der nationalen Geschlossenheit und verwerfen die internationale Verständigung, weil sie das national Gewordene nicht durch den allgemeinen Begriff der Menschheit ersetzen wollen. Ich bin der Meinung, daß keine Nation, die dem Völkerbund angehört, dadurch ihr nationales Eigenleben irgendwie aufgibt. Der göttliche Baumeister der Erde hat die Menschheit nicht geschaffen als ein gleichförmiges Ganzes. Er gab den Völkern verschiedene Blutsströme, er gab ihnen als Heiligtum ihrer Seele ihre Muttersprache, er gab ihnen als Heimat Länder verschiedener Natur. Aber es kann nicht der Sinn einer göttlichen Weltordnung sein, daß die Menschen ihre nationalen Höchstleistungen gegeneinanderkehren und damit die allgemeine Kulturentwicklung immer wieder zurückwerfen. Der wird der Menschheit am meisten dienen, der, wurzelnd im eigenen Volke, das ihm seelisch und geistig Gegebene zur höchsten Bedeutung entwickelt und damit, über die Grenze des eigenen Volkes hinauswachsend, der gesamten Menschheit etwas zu geben vermag, wie es die Großen aller Nationen getan haben, deren Namen in der Menschheitsgeschichte niedergeschrieben sind. So verbinden sich auf *Nation und*

Menschheit geistigem Gebiet, so können sie sich auch verbinden im politischen Streben, wenn der Wille da ist, in diesem Sinne der Gesamtentwicklung zu dienen.

Die politische Auswirkung dieser Gedanken liegt in einer inneren Verpflichtung der Staaten zu gemeinsamem, friedlichem Zusammenwirken. Diese innere Verpflichtung zu friedlichem Zusammenwirken besteht auch für die großen moralischen Menschheitsfragen. Kein anderes Gesetz darf für sie gelten als das Gesetz der Gerechtigkeit. Das Zusammenarbeiten der Nationen im Völkerbunde muß und wird dazu führen, auch auf diese moralischen Fragen im Völkerleben die gleiche Antwort zu geben. Denn das sicherste Fundament für den Frieden ist eine Politik, die getragen wird von gegenseitigem Verstehen und gegenseitiger Achtung der Völker. Deutschland hat sich schon vor seinem Eintritt in den Völkerbund bemüht, im Sinne friedlichen Zusammenwirkens zu arbeiten. Davon zeugt die deutsche Initiative, die zu dem Pakt von Locarno führte. Davon zeugen die jetzt nahezu mit allen Nachbarstaaten abgeschlossenen deutschen *Schiedsverträge*. Die deutsche Regierung ist entschlossen, diese Politik mit aller Entschiedenheit weiterzuverfolgen. Sie kann mit Genugtuung feststellen, daß diese Gedanken – anfangs in Deutschland heftig umkämpft – sich allmählich immer mehr das deutsche Volksbewußtsein erobert haben, so daß die deutsche Regierung auch für die große Mehrheit des deutschen Volkes spricht, wenn sie erklärt, daß sie sich an den Aufgaben des Völkerbundes mit voller Hingebung beteiligen wird.

Von diesen Aufgaben hat der Völkerbund in sechsjähriger Tätigkeit bereits einen wesentlichen Teil in Angriff genommen und in ernster Arbeit gefördert. Die deutsche Delegation verfügt nicht über die Erfahrungen, die den übrigen hier versammelten Mitgliedern zur Seite stehen. Gleichwohl glaubt sie die Ansicht zum Ausdruck bringen zu können, daß bei den weiteren Arbeiten zunächst jene Gebiete besondere Beachtung verdienen, bei denen die einzelnen Völker durch Einordnung in gemeinsame Einrichtungen die eigene Leistungsfähigkeit zu steigern vermögen. Neben mancher anderen Schöpfung des Völkerbundes kommt hier vor allem das Streben nach einer internationalen Rechtsordnung in Betracht, das in der Gründung des *Weltgerichtshofs* sichtbaren Ausdruck gewonnen hat.

Von besonderer Bedeutung für die Festigung einer Friedensordnung zwischen den Völkern sind ferner die Bestrebungen, die sich auf die *Abrüstung* beziehen. Die völlige Abrüstung Deutschlands ist durch den Vertrag von Versailles als Beginn der allgemeinen Abrüstung festgesetzt worden. Möge es gelingen, einer allgemeinen Abrüstung in praktischer Arbeit näherzukommen und damit den Beweis zu erbringen, daß eine starke positive Kraft den großen Idealen des Völkerbundes schon jetzt innewohnt.

Deutschlands Beziehungen zum Völkerbund werden freilich nicht ausschließlich durch die jetzt gegebene Möglichkeit der Mitarbeit an den großen allgemeinen Zielen bestimmt. Der Völkerbund ist vielmehr in mancher Beziehung auch Erbe und Vollstrecker der Verträge von 1919. Daraus haben sich, wie ich offen ausspreche, in der Vergangenheit vielfach Gegensätze zwischen dem Völkerbund und Deutschland ergeben. Ich hoffe, daß sich die Behandlung der hierbei in Betracht kommenden Fragen infolge unserer künftigen Mitarbeit im Völkerbunde leichter gestalten wird. Auch hier wird gegenseitiges Vertrauen eine größere politische Schöpferkraft besitzen als andere Methoden. Dem Völkerbundsgedanken widerstrebt es, die im Bunde mitarbeitenden Nationen zu trennen in solche, mit denen Sympathien oder Antipathien die einzelnen Mitarbeitenden verbinden. Ich lehne in diesem Zusammenhange auch ganz entschieden die Auffassung ab, als wenn die Stellung, die Deutschland bisher in Angelegenheiten des Völkerbundes eingenommen hat, von solchen Sympathien oder Antipathien eingegeben worden wäre. Deutschland

wünscht mit allen Nationen, die im Völkerbunde und im Rate des Völkerbundes vertreten sind, auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens zusammenzuarbeiten. Noch hat der Völkerbund sein Ziel nicht erreicht, alle Weltmächte in sich zu umfassen. Wenn der Eintritt Deutschlands auch einen wichtigen Schritt zur Universalität des Bundes bedeutet, so müssen wir doch unserem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck geben, daß *Brasilien* die Absicht kundgetan hat, sich aus dem Völkerbund zurückzuziehen. Dies bedauern wir um so lebhafter, als Deutschland auf dem Standpunkt steht, daß zum Begriff der Universalität des Völkerbundes auch der Gedanke gehört, nicht einem Erdteil die maßgebende Bedeutung gegenüber anderen Erdteilen einzuräumen. Wir fühlen uns ferner eins mit den im Bunde vereinigten Nationen in der bestimmten Hoffnung, daß die wertvolle Mitarbeit *Spaniens* dem Völkerbunde erhalten bleiben möge.

Wir sind überzeugt, daß der von allen Mächten an Spanien gerichtete Appell dieses große Land und das spanische Volk überzeugen wird, wie sehr es den von ihm vertretenen Gedanken abträglich sein würde, wenn es hier in Genf auf längere Zeit fehlen würde.

Erst durch die *Universalität* wird der Bund vor jeder Gefahr geschützt, seine politische Kraft zu anderen Diensten als zu reinen Friedensdiensten einzusetzen. Nur auf der Grundlage einer Gemeinschaft, die alle Staaten ohne Unterschied in voller Gleichberechtigung umspannt, können Hilfsbereitschaft und Gerechtigkeit die wahren Leitsterne des Menschenschicksals werden.

Nur auf dieser Grundlage läßt sich der Grundsatz der Freiheit aufbauen, um den jedes Volk ringt wie jedes Menschenwesen. Deutschland ist entschlossen, sich in seiner Politik auf den Boden dieser erhabenen Ziele zu stellen. Für alle hier versammelten Völker gilt das Wort eines großen Denkers, daß wir Menschen uns zu dem Geschlecht bekennen, das aus dem Dunkel ins Helle strebt. Möge die Arbeit des Völkerbundes sich auf der Grundlage der großen Begriffe *Freiheit, Friede und Einigkeit* vollziehen, dann werden wir dem von uns allen erstrebten Ziele näherkommen. Daran freudig mitzuarbeiten, ist Deutschlands fester Wille.

Hier nach: Rede des Reichsaußenministers Gustav Stresemann zum deutschen Beitritt zum Völkerbund am 10.9.1926, in: Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, hg. v. Henry Bernhard, Bd. 2, Berlin 1932, S. 591-595.

Faksimile

Die 24 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Hier nach: Rede des Reichsaußenministers Gustav Stresemann zum deutschen Beitritt zum Völkerbund, 10. September 1926, PA AA, Büro Reichsminister, R 28410, S. 97-107. Manuskript. Mit handschriftlichen Änderungen Stresemanns.

© Faksimile Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin. Copyright-Hinweis: Die Originale der Dokumente, deren Abschriften hier veröffentlicht sind, befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, und nur der Text dieser Originaldokumente kann maßgeblich sein. Jegliche Nach- und/oder Abdrucke bzw. Vervielfältigungen oder sonstige Verwertungen der in dieser Internet-Seite enthaltenen Archivmaterialien bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes, D-11013 Berlin, Mail: 117-r@diplo.de.

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0089_str.pdf

Datum: 19. September 2011 um 11:28:48 Uhr CEST.

© BSB München
